

## **Abschluss - Erklärung**

der Kultur- und Politik-Veranstaltung

### **„Der Herr der Drohnen“**

am 16.6.2003 in der Berliner Compagnie

(Titel nach dem gleichnamigen Gedicht von  
Heathcote Williams „Master of the Drones“)

*mit dem Auftrag zur Weiterleitung an die Fraktionsvorsitzenden und Mitglieder  
des Verteidigungspolitischen Ausschusses:*

Wir, Initiatoren und Teilnehmer der Veranstaltung „Der Herr der Drohnen“  
schließen uns dem weltweit wachsenden Widerstand gegen die Herstellung,  
den Besitz und den Einsatz von Drohnen an.

Wir stellen fest:

- Mit diesen neuen Tötungsmaschinen werden Krieg und Gewalt und ihre Akzeptanz in den menschlichen Beziehungen – national und international – auf eine neue Stufe gehoben.
- Die Verbreitung der Kampfdrohnen wird neue Konflikte hervorbringen und die Bereitschaft, sie mit Mitteln der Gewalt zu lösen, befördern.
- Die Kampfdrohnen werden zum Vollstrecker politisch gewollter, gezielter Tötungen von Menschen innerhalb und außerhalb von Kriegen ohne Anklage, Verfahren und Urteil. Das bedeutet die Wiedereinführung und Vollstreckung der Todesstrafe und ist ein schwerer Angriff auf die Menschenrechte und auf das Völkerrecht.
- Der in der Veranstaltung u. a. gezeigte Film „Living under drones“ (Leben unter Drohnen) brachte zum Ausdruck, dass der Einsatz von Drohnen insbesondere bei den vielen zivilen Opfern Hass erzeugt und einen asymmetrischen Krieg fördert.
- Mit der Möglichkeit des Einsatzes von Kampfdrohnen werden moralische und ethische Werte ausgehöhlt, der Weg für ein „sorgloses“ Töten geebnet. Der scheinbar „unschuldige“ Tätertypus, eine Fortentwicklung

des einstigen „Schreibtischtäters“ zum Global Player mit Waffengewalt kann in den neuen Kriegen zu einem Massenphänomen werden.

- Die Filmausschnitte aus der Bundestagsdebatte vom 31. Januar 2013 mit den Beiträgen von Agnes Brugger, Bündnis 90/die Grünen, Inge Höger, Die Linke und de Maizière, CDU machten die gegensätzlichen politischen Positionen deutlich.  
Die Argumente von Agnes Brugger und Inge Höger fanden Anerkennung.
- Der Bundesverteidigungsminister de Maizière, der offensichtlich in einen Drohnenrüstungsskandal verstrickt ist, bei dem voraussichtlich über 500 Millionen Euro Steuergelder verschleudert werden, übt sich weiterhin im Verharmlosen, Bagatellisieren und Verschleiern.
- Wir wenden uns gegen die Pläne der Bundesregierung die Bundeswehr - als Armee weltweit im Einsatz - mit Kampfdrohnen auszurüsten und gegen die Vorhaben deutscher Rüstungskonzerne Kampfdrohnen zu entwickeln.
- Neoliberale Politik und Befriedigung der Interessen der Rüstungsindustrie laufen den sozialen und demokratischen Ansprüchen der Mehrheit der Bevölkerung zuwider.
- Die Politik der Bundesregierung muss entsprechend dem Grundgesetz, der Einhaltung des internationalen Rechts und des Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen von 1977 (humanitäres Völkerrecht) ausgerichtet sein und nicht hegemonialen Interessen.

Berlin, den 16.6.2013

i. A.

Elke Zwinge-Makamizile

Friedenskoordination Berlin